

Inhalt der Mitteilung

■ Sachverhalt

Der Haushaltsvollzugs 2023 ist weiter geprägt von Unabwägbarkeiten im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, sowie zunehmenden Verwaltungsaufwendungen aufgrund von steigenden Fallzahlen und gesetzlichen Neuerungen. Entsprechend der Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag und der Landrätin des Landkreises Lörrach soll nun aber über den aktuellen Stand der Finanzlage und die finanzielle Entwicklung sowie über den aktuellen Stand der Zielerreichung des Teilhaushaltes 2 – Recht, Ordnung & Gesundheit – zum Stichtag 31.08.2023 berichtet werden.

Ergebnishaushalt	IST	PLAN	Prognose IST	Abweichung PLAN/ Prognose
	2022 - in EUR -	2023 - in EUR -	2023 - in EUR -	2023 - in EUR -
Erträge	8.231.558	3.398.600	3.481.600	83.000
Aufwendungen	-14.445.901	-12.135.762	-12.444.262	-308.500
Ordentliches Ergebnis (Überschuss/Zuschussbedarf)	-6.214.343	-8.737.162	-8.962.662	-225.500

Finanzseite:

Nach einer vorläufigen Einschätzung ist derzeit mit einer negativen Abweichung von 225.500 € gegenüber dem Planansatz zurechnen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Abweichungen auf Seiten der Erträge und Aufwendungen 2023 nur noch teilweise durch die Impfinfrastruktur geprägt, da die Impfkampagne des Landkreises im Dezember 2022 eingestellt wurde. Dies schlägt sich maßgeblich nur noch auf der Ertragsseite nieder. Hier liegt die Erstattung des Landes für die Monate Oktober bis Dezember 156.800 € über dem Planansatz.

Zudem zeichnet sich im Bereich des Veterinärwesens auf das Jahr betrachten ein Zuwachs im Bereich der Gebühren in Höhe von ca. 10.000 € ab. Im Gegenzug sind mit Mindererträgen bei den Gebühren und Bußgelder im Ordnungsbereich in Höhe von 50.000 € wegen Personalvakanz zu rechnen. Demgegenüber zeichnen sich rund 57.000 € Mehreinnahmen aufgrund der Fallzahlensteigerung im allgemeinen Ausländerwesen und im Einbürgerungsbereich ab.

Auch im Bereich der Kommunalaufsicht sind mit weniger Gebühren zu rechnen, diese sind jedoch in der Höhe zu vernachlässigen (800 €). Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2022 wurde der Planansatz für die Gebühren im Baurecht 2023 seit langem nicht mehr erhöht, dies spiegelt auch den aktuellen Trend wieder. Die Antragszahlen liegen derzeit zwischen denen von 2021 und 2022, weswegen derzeit dennoch mit Mindereinnahmen zu rechnen ist, im Vergleich zum 1. Teilhaushaltszwischenbericht jedoch in deutlich geringerer Höhe von 90.000 €.

Zudem haben sich diverse von der Stabsstelle Recht für das Haus verwaltete Versicherungen verteuert, weswegen hier mit Mehraufwendungen von 16.500 € zurechnen ist, welche auch nicht durch Minderaufwendungen von Lizenzen in Höhe von 5.000 € ausgeglichen werden können.

Erhebliche negative Abweichungen ergeben sich zudem in der Produktgruppe 12.23. Aufgrund massiver Fallzahlensteigerungen musste im Sachgebiet Ausländerwesen außerplanmäßig Personal eingestellt werden, die zu erwartenden Personalmehraufwendungen liegen in der angepassten Prognose bei 177.000 €, die Folgekosten für Lizenzen von Fachprogrammen und Arbeitsausstattungen werden sich in

Höhe von ca. 25.000 € niederschlagen. Mit den erheblichen Fallzahlenanstiegen wird auch der Planansatz für die Kosten der Bundesdruckerei voraussichtlich für 2023 um ca. 57.000 € überschritten. Diese Mehraufwendungen können auch nicht durch Personalminderaufwendungen in Höhe von 52.000 € in anderen Bereichen aufgefangen werden.

Zudem wurden im Bereich des Bevölkerungsschutzes noch notwendige Ausgaben im Bereich des Zubehörs für die Netzersatzanlage, sowie Kommunikationstechnik in Höhe von 50.000€ getätigt. Gleiches gilt für ein notwendiges Gutachten zum Raumbedarf und Arbeitsschutz der Integrierten Leitstelle, bei denen der Landkreis anteilig 10.000€ trägt. Diese können voraussichtlich nicht im Produktgruppenbudget nicht ausgeglichen werden, da sich in der Integrierten Leitstelle ein kurzfristiger notwendiger Reparaturbedarf (Ausfall Klimaanlage Serverraum, Tisch 6 Georedundanz Waldshut) aufgezeigt hat, der noch in 2023 umgesetzt werden muss.

Leistungsseite:

Das Jahr 2023 ist immer noch stark durch den Krieg in der Ukraine geprägt, welcher sich insbesondere auf das Sachgebiet Ausländerwesen sowie das Sachgebiet Brand und Katastrophenschutz auswirkt. Der starke Fallzahlenanstieg im Bereich Ausländerwesen ist jedoch nicht allein auf die aus der Ukraine geflüchteten Menschen zurück zu führen, sondern auch auf einen Anstieg bei den Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern, gesetzlichen Änderungen im Bereich des Chancenaufenthaltsgesetzes sowie einem erheblichen Anstieg der Anträge auf Einbürgerung insbesondere des Personenkreises, welcher 2015/2016 nach Deutschland gekommen ist. Diese erhebliche Zunahme der Arbeitsbelastung machte es unausweichlich noch im laufenden Jahr 2023 zusätzlich Personal einzustellen, um die Auswirkungen auf die Antragsstellenden in einem verträglichen Maß zu halten, auch wenn eine Einhaltung der gesetzlichen Fristen immer noch nicht durchgehend gewährleistet werden kann.

Zudem hat die starke Zunahme von Flüchtenden in den Landkreis Lörrach es notwendig gemacht adhoc neue Unterbringungskapazitäten zu schaffen, in dem Hallen und Zelten innerhalb kürzester Zeit für eine Unterbringung eingerichtet werden mussten. Hier hat das Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz den Einsatz der Hilfsorganisationen im Landkreis organisiert und koordiniert.

Zudem befasst sich das Dezernat II, konkret die Stabstelle Projektmanagement, federführend mit der Black-out Planung des Landkreises, hierdurch ist zwar eine Entlastung des Sachgebiets Brand- und Katastrophenschutzes eingetreten, dennoch sind alle Bereiche des Hauses im Rahmen des Verwaltungsstabes mit konkreten Vorplanungen in Ihren Bereichen eingebunden und neben dem Alltagsgeschäft gefordert.

Insgesamt sind alle Bereiche durch steigende Fallzahlen oder sich ständig ändernde Gesetzeslagen stark ausgelastet und teils überlastet. Demgegenüber steht eine hohe Anspruchshaltung der Bürgerinnen und Bürger auf eine schnelle Bearbeitung inklusive einer intensiven Beratung und Begleitung, welche unter diesen Rahmenbedingungen nicht umfänglich erfüllt werden kann.

Marion Dammann
Landrätin

Cornelia Wülbeck
Dezernentin II
